

ISOR aktuell

Nummer 7/2006 ★ 14. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ Juli 2006

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Arbeitsberatung zum 15. Jahrestag der ISOR e.V.

Am 10.06.2006 würdigten Vorstand und Beirat der ISOR e.V. mit einer Arbeitsberatung den 15. Jahrestag der Gründung unseres Vereins, an der Vertreter des Ostdeutschen Kuratoriums der Verbände (OKV), der Gesellschaft für rechtliche und humanitäre Unterstützung (GRH) und des Seniorenverbandes Bund der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen im Deutschen Beamtenbund (BRH) als Gäste teilnahmen.

Horst Parton führte in seinem einleitenden Referat u.a. aus: ISOR e.V. bleibt seiner Satzung treu und wird seine Tätigkeit einstellen, wenn der Vereinszweck – Beseitigung des Rentenstrafrechts – erfüllt ist.

Je näher wir dieser Zielsetzung kommen, desto mehr verstärkt sich der Widerstand derer, die die Prinzipien von Rache und Vergeltung im Rentenrecht festschreiben möchten.

ISOR e.V. führt seinen Kampf auf dem Boden des Grundgesetzes.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Wertneutralität des Rentenrechts nie in Frage gestellt. Wir sind deshalb optimistisch, dass in absehbarer Zeit das 1. Änderungsgesetz zum AAÜG erneut geändert werden muss und die Rechte der Benachteiligten zur Geltung gebracht werden. Das ist von grundsätzlicher Bedeutung für die darauf folgende letzte und bisher schwierigste Etappe zur Überwindung des Rentenstrafrechts gegenüber den ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS. Dabei wird es darum gehen, ob trotz hoher Beitragszahlungen die davon Betroffenen aus ideologischen Gründen auf Dauer sozial diskriminiert werden dürfen.

Horst Parton verwies darauf, dass ISOR e.V. seit Jahren bemüht ist, die Entwicklung der Einkommens- und Qualifikationsstruktur des MfS im Vergleich zur Volkswirtschaft und den anderen bewaffneten Organen der DDR zu erforschen und damit Grundlagen für aussagefähige Gutachten zu erarbeiten, mit denen ein erneuter Klageweg zum Bundesverfassungsgericht eröffnet werden kann. Dieser Weg, den wir konsequent, offen, sachlich und ehrlich weiter beschreiten, ist jetzt die einzige Chance, das Rentenstrafrecht zu überwinden.

Umfangreiche Materialien aus dem Bundesarchiv, aus dem Militärarchiv sowie aus der

Birthler-Behörde wurden und werden gesichtet und analysiert. Noch immer aber weigern sich Behörden, aussagekräftige Daten herauszugeben, noch immer sind ca. 8.000 Petitionen von ISOR-Mitgliedern unbeantwortet.

Horst Parton würdigte die Solidarität der mit uns verbundenen Verbände und Vereine und dankte allen Mitgliedern, die sich für unsere Sache engagieren, darunter besonders jenen, deren Rentenprobleme bereits gelöst sind und die weiter solidarisch an unserer Seite kämpfen.

In der Diskussion ergriffen zunächst die Gäste das Wort. Prof. Dr. Siegfried Mechler (Präsident des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden), Hans Bauer (Vorsitzender der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Hilfe) und Anna-Maria Müller (Stellv. Vorsitzende des Seniorenverbandes BRH) versicherten unserem Verein ihre volle Solidarität und würdigten die gewachsenen Gemeinsamkeiten. Viel Beifall erhielt Anna-Maria Müller, die die Grüße des Vorsitzenden des Seniorenverbandes BRH, Dr. Bartsch, übermittelte. Dieser habe ihr aufgetragen, dass man den Mut haben müsse, sich auch in komplizierten Situationen zu zeigen.

Die Mitglieder des Vorstandes und des Beirates unterstützen die von Horst Parton hervorgehobene Tatsache, dass ISOR e.V. keine Nachfolgeorganisation von bewaffneten Organen der DDR ist und es deshalb auch nicht zu seinen Aufgaben gehört, die Geschichte dieser Organe aufzuarbeiten. Die Mitglieder von ISOR e.V. sollten aber als Zeugen auch weiter in sachlicher und differenzierter Form Geschichtsfälschungen entgegentreten, ohne sich dabei provozieren zu lassen.

Teilnehmer der Beratung verwiesen auf eine gewisse Ungeduld unter der Mitglied-

schaft hinsichtlich des Fortgangs des Rentenkampfes.

Prof. Dr. Wolfgang Edelmann erläuterte, dass schrittweise Teilergebnisse erreicht werden. Die Erschließung von Materialien der BStU sei noch nicht beendet und z.B. wegen fehlender Findmittel und der Arbeitsweise der BStU kompliziert.

Positiv sei die Gewinnung eines Gutachters, besonders angesichts der Tatsache, dass andere Institute auf Druck von Bundes- und Landesbehörden abgesagt hätten.

Der Gutachter würde in drei bis vier Monaten zunächst eine Machbarkeitsstudie erstellen und danach noch wenigstens ein Jahr für das Gutachten benötigen. Das angestrebte unabhängige Gutachten schließe voreilige Wertungen von Zwischenergebnissen aus.

Horst Parton hielt es für unerlässlich, dass der mit Akribie geführten, von Fachleuten begleiteten Arbeit der gemeinsamen Arbeitsgruppe Vertrauen entgegengebracht werden müsse. Wir müssten uns darauf einstellen, dass höhere Einkommen im MfS/AfNS festgestellt werden. Die Bewertung der Ergebnisse der Untersuchung muß unabhängigen Gutachtern überlassen bleiben.

Siegfried Felgner berichtete, wie es in Mecklenburg-Vorpommern gelungen ist, durch gemeinsames Auftreten der verbündeten Verbände eine Positionierung der Linkspartei.PDS in den Fragen der Rentenangleichung West-Ost und der Beseitigung des Rentenstrafrechts durchzusetzen. Beides steht jetzt wieder im Wahlprogramm.

Prof. Dr. Horst Bischoff ergänzte, dass zwar Entscheidungen zum Rentenrecht nur von den Gerichten zu erwarten sind, die politische Arbeit aber den Boden für die sachgerechte Umsetzung juristischer Entscheidungen bereiten muss. In den seniorenpolitischen Standpunkten der Linkspartei.PDS ist die Forderung zur Abschaffung des Rentenstrafrechts wieder aufgenommen worden. Man dürfe aber zugleich nicht vergessen, dass es in der Linkspartei.PDS sehr unterschiedliche Meinungen gibt.

Viele Mitglieder würden die Frage stellen, ob die PDS noch wählbar sei. Sie ist aber weiterhin die einzige Partei im Bundestag, die sich gegen das Rentenstrafrecht wendet. Nicht wählen ist keine Alternative.

Schöpfen wir aus unserer 15-jährigen Geschichte Kraft, Mut, Standvermögen und Optimismus. Über die Wirksamkeit des politischen und juristischen Kampfes um soziale Gerechtigkeit und die Beseitigung des Rentenstrafrechts entscheiden unsere geschlossene Haltung und unsere Solidarität.

Weitergeben



Mitglieder gewinnen!

AAÜG-Änderungsgesetz:

Neue Verfassungsbeschwerde

**Von Rechtsanwalt Dr. Bartsch,
Bundesvorsitzender des Seniorenverbandes BRH**

Das neue Gesetz

steht wieder auf dem Prüfstand

(Ba) Mit gemeinsamem Rechtsschutz von BRH, ISOR und Deutschem Bundeswehrverband (DBwV) ist Verfassungsbeschwerde gegen das AAÜG-Änderungsgesetz erhoben worden. Die Verbände sind übereinstimmend der Ansicht, dass das Korrekturgesetz, mit dem der Gesetzgeber angeblich die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umsetzen will, wiederum mit dem Gleichheitssatz nicht in Einklang steht und deshalb verfassungswidrig ist. Sie erweisen sich einmal mehr als unerschrockene Interessenvertreter ihrer Mitglieder.

Unselige Geschichte

Die Verfassungsbeschwerden, die der Seniorenverband BRH federführend bearbeitet, sind ein neuer Abschnitt in der unseligen Geschichte der Rentenüberleitung, die ein unbeliehrbarer Gesetzgeber zum Anlass genommen hat, jene zu »bestrafen«, die nach seiner Ansicht für das DDR-Unrechtsregime (mit)verantwortlich waren (vgl. eingehend »Aktiv im Ruhestand« Nr. 7/8/2005 S.13). Zur Erinnerung: Mit der Rentenüberleitung wurde die Rente gekürzt für Mitbürger im Osten, die von der DDR eine Zusatz- oder Sonderversorgung zugesagt bekommen hatten. Das betrifft Ärzte, Berufssoldaten, Wissenschaftler, Feuerwehrleute, Polizisten. Wer im oberen Bereich vergütet wurde, dessen Rente fiel niedriger aus.

Das hat 1999 auf Verfassungsbeschwerden der jetzt wieder beteiligten Verbände das Bundesverfassungsgericht beanstandet. Es distanzierte sich nach guter Juristenart von allen Emotionen, wie sie bei diesem Thema unvermeidlich sind, und rief in Erinnerung, dass Rente gezahlt wird nach Arbeitsleistung. Die Rente ist kein Instrument, um »Linientreue« abzustrafen, ganz abgesehen davon, dass auch ein solches Motiv, wenn es denn zulässig wäre, im *Einzelfall* festgestellt werden müsste. Das Bundesverfassungsgericht stellte aber auch fest, dass von der DDR-Führung gewährte unberechtigte Privilegien nicht auch noch vom bundesdeutschen Rentengesetzgeber honoriert werden müssen. Wenn also nachgewiesen werden könnte, dass jemand in der DDR, verglichen mit anderen Arbeitnehmern, allein aus politischen Gründen zu hoch vergütet worden ist, dann darf die Bundesrepublik das Entgelt, aus dem sich die Rente berechnet, reduzieren.

Keine Statistik

Allerdings konnten die Vertreter der Bundesregierung dazu kein verlässliches Zahlenmaterial präsentieren, weil Statistiken zur Vergütungsstruktur innerhalb der DDR offenbar fehlen. Das Bundesverfassungsgericht hörte dazu Sachverständige der östlichen Universitäten, die jedenfalls nicht bestätigen konnten, dass die Zusage einer besonderen Altersversorgung verbunden gewesen sei mit überhöhter Vergütung. So hat es am Ende nicht verwundert, dass das Bundesverfassungsgericht die Rentenkürzungen als verfassungswidrig bezeichnet und den Gesetzgeber aufgefordert hat, eine Neuregelung zu schaffen.

Der erste Korrekturversuch ging schief. Der Gesetzgeber hatte angeknüpft an die Höhe der Vergütung (E 3). Das traf in erster Linie die hohen Ministerialen, egal aus welchem Bereich. Wieder griff das Bundesverfassungsgericht ein. Wer – verhältnismäßig – hoch verdient habe, müsse damit noch lange nicht *überhöht* verdient haben. Die Vergütungen dieses Personenkreises seien über Jahrzehnte hinweg verhältnismäßig stabil geblieben; sie könnten deshalb nicht generell als überhöht bezeichnet werden, stellte das Bundesverfassungsgericht fest.

Unbelehrbar

Man hätte annehmen sollen, dass die Verantwortlichen es leid gewesen wären und auf die Kürzung schlachtweg verzichtet hätten, wie es naheliegend gewesen wäre. Doch war der Druck bestimmter Kreise dafür offenbar zu groß; so dass der Gesetzgeber mit seinem neuerrlichen Korrekturbedarf nunmehr anknüpft an die Tätigkeit, die der Betroffene in der DDR ausgeübt hat. Nach dem neuen § 6 Abs. 2 des Gesetzes (AAÜG) kann es zu Kürzungen kommen bei den Spitzen von Partei und Staat, aber auch bei Mitgliedern der Bezirks- oder Kreis-Einsatzleitungen und bei Staatsanwälten und Richtern, die in bestimmten Bereichen tätig waren.

Mit überhöhter Vergütung während der Zeit der DDR hat das nichts zu tun. Gegenteiliges wird auch vom Bundestag nicht vertreten. Der Gesetzgeber wird deshalb beim besten Willen nicht behaupten können, er setze damit die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts um. Was die Parteien unter großem Zeitdruck ausgehandelt haben, beruht letztlich auf der nach wie vor bestehenden Kürzung der Altersversor-

gung für die ehemaligen Angehörigen der Staatssicherheit. Ihre Rente ist zweimal gekürzt worden, nämlich einmal durch die letzte Volkskammer, dann zusätzlich durch den Bundestag. Die zweite Kürzung hat das Bundesverfassungsgericht ebenfalls beanstandet, die erste hat es bestehen lassen, weil sie vor der Vereinigung geschehen ist und das Bundesverfassungsgericht keinen Anlass gesehen hat. Entscheidungen der DDR-Volksvertretung zu korrigieren. Weil aber diese Kürzung bestehen bleibt, so hieß es zur Begründung jetzt im Bundestag, könne die Rente derjenigen, die die Anweisungen gegeben hätten, nicht ungekürzt bleiben.

Direkter Weg

Auch diese Argumentation, da waren sich BRH, DBwV und ISOR einig, wird am Ende keinen Bestand haben. Das Bundesverfassungsgericht wird, so sind die Verbände überzeugt, die Kürzung wiederum beanstanden, die Frage ist nur, wie lange das dauert. Es gibt zwei Wege, um ein verfassungswidriges Gesetz beim Bundesverfassungsgericht auf den Prüfstand zu stellen. Man kann binnen eines Jahres unmittelbar Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht erheben; man kann aber auch zunächst die Instanzen durchlaufen, um am Ende gegen eine höchstrichterliche Entscheidung des obersten Fachgerichts, in diesem Falle des Bundessozialgerichts, beim Bundesverfassungsgericht den Verstoß gegen übergeordnetes Verfassungsrecht geltend zu machen. Freilich hat der Beschwerdeführer dabei nicht die freie Auswahl, denn im Allgemeinen fordert das Bundesverfassungsgericht, das zunächst der Rechtsweg ausgeschöpft wird. Nur in seltenen Ausnahmefällen ist es zulässig, sofort das Bundesverfassungsgericht anzugehen. Das gilt vor allem, wenn es ausschließlich um Fragen des Verfassungsrechts geht, die vom Bundesverfassungsgericht ohne den besonderen Sachverstand der Fachgerichte gelöst werden können. Stets bleibt der direkte Weg nach Karlsruhe in diesem Punkt mit hohem Risiko belastet. Die drei Verbände gehen beide Wege. Sie kennen das Risiko der unmittelbaren Verfassungsbeschwerde, wollen aber auch diese Möglichkeit nicht ungenutzt lassen. Sie werden außerdem in ausgesuchten Fällen die Fachgerichte anrufen.

Umfangreiche Begründung

In seiner umfangreichen Beschwerdeschrift rügt Rechtsanwalt Dr. Bernfried Helmers, Berlin, der die Sache vertritt, Verstöße gegen den Gleichheitssatz (Artikel 3), die Eigentumsgarantie (Artikel 14) und das allgemeine Persönlichkeitsschutzrecht (Artikel 2). Er begründet ausführlich, warum die unmittelbare Verfassungsbeschwerde in diesem besonderen Fall zulässig ist. Nachdem das Gesetz bereits mehrfach auf

dem Tisch des Bundesverfassungsgerichts gelegen habe, könnten von den Fachgerichten zusätzliche Erkenntnisse nicht erwartet werden. Letztlich müsse das Gericht allein entscheiden, ob die Neufassung des Gesetzes mit seinen Vorgaben in Einklang stehe. Eine baldige Entscheidung könnten die Beschwerdeführer auch wegen ihres fortgeschrittenen Alters erwarten.

In der Sache verstöße auch das neue Recht gegen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts.

► Die Zugehörigkeit zu einem DDR-Versorgungssystem lasse nicht den Schluss auf ein

überhöhtes Entgelt zu.

- Die neuen Kriterien knüpfen generell *nicht* an die Vergütung.
- Es sei völlig unklar, was unter der angeblichen »faktischen Weisungsbefugnis« gegenüber der Staatssicherheit zu verstehen sei.
- Die gewählten Kriterien seien untauglich, um überhöhte Arbeitseinkommen auszusondern. Dazu fehle es weiter an Tatsachen.

Das alles wird ausführlich und mit vielen Hinweisen auf die höchstrichterliche Rechtsprechung ausgeführt. Ohne Zweifel hat Rechtsanwalt Helmers auf hohem Niveau gearbeitet. Dennoch behalten sich die Verbände

vor, sich zusätzlich der Unterstützung eines rechtswissenschaftlichen Hochschullehrers zu bedienen. Es darf keine Chance ausgelassen werden. Die Bezieher dieser Zeitschrift *) werden weiter unterrichtet

*) »Aktiv im Ruhestand«, Monatszeitschrift des Seniorenverbandes BRH

Dieser Beitrag wird vereinbarungsgemäß gleichzeitig in den Juliausgaben von ISOR aktuell und »Aktiv im Ruhestand« veröffentlicht.

Der Vorstand teilt mit:

Am 14.06.2006 trafen sich Horst Parton und weitere Mitglieder des Vorstandes anlässlich des 15. Jahrestages von ISOR e.V. mit Gründungsmitgliedern und langjährigen Funktionären unseres Vereins. Begrüßt wurden die erste Vorsitzende von ISOR e.V. Astrid Karger, der langjährige Geschäftsführer Bernhard Elsner, Prof. Dr. Werner Wunderlich, Dr. Peter Fricker, Prof. Dr. Willi Hellmann, Prof. Dr. Rolf Gruner, Werner Zimmermann und Klaus Gennermann.

Prof. Willi Hellmann brachte es auf den Punkt, als er sagte: »Eigentlich sind wir doch alle Veteranen.« Das schmälert aber nicht den Mut und das Engagement der Eingeladenen, die sich um die Gründung und die Entwicklung von ISOR e.V. bleibende Verdienste erworben haben und dafür mit Ehrenurkunden ausgezeichnet wurden.

Die Vertreter des Vorstandes informierten ihre Gäste über aktuelle Probleme des Kampfes von ISOR z.B. im Zusammenhang mit der medialen »Stasi«-Hysterie oder der Haltung zur Linkspartei/PDS und waren aufmerksame Zuhörer in der dazu offen und unkonventionell geführten Aussprache. Der Wunsch, derartige Zusammenkünfte regelmäßiger durchzuführen, fand allseitige Zustimmung.



Am 21.06.2006 fand ein Gedankenaustausch des Vorstandes mit ehemals verantwortlichen Funktionsträgern der NVA, des Mdl und der Zollverwaltung der DDR statt. Im Mittelpunkt standen aktuelle Fragen des weiteren Kampfes gegen noch vorhandenes Rentenstrafrecht und Möglichkeiten der weiteren Stärkung von ISOR e.V. Bekräftigt wurde die eingeschlagene Linie des Vorstandes, die Vereinsarbeit gemeinsam mit anderen Vereinen und Organisationen voll auf die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts und den Kampf gegen weiteren Sozialabbau in der BRD zu konzentrieren. Darauf hinaus sollten Mitglieder und Angehö-

rige ihre individuellen Möglichkeiten nutzen aktiv zu einer objektiven Geschichtsaufarbeitung beizutragen.

Für das 4.Quartal 2006 ist ein weiterer Gedankenaustausch in einem vergrößerten Kreis vorgesehen.



Der Vorstand beriet am 28. Juni zu den Zwischenergebnissen bei der Klärung der Einkommensverhältnisse des MfS, die vor ihrer Veröffentlichung noch einer weiteren Diskussion und Bewertung bedürfen. Der Vorstand bevollmächtigte Prof. Dr. Wolfgang Edelmann, diese und weitere Ergebnisse dem beauftragten Institut zur Anfertigung einer Machbarkeitsstudie für ein Gutachten zur Verfügung zu stellen und zu erläutern.

Prof. Dr. Wolfgang Edelmann informierte über zwei Beratungen der Linkspartei.PDS mit Sozialverbänden, an denen er teilgenommen hat und auf denen die eindeutige Haltung dieser Partei im Kampf gegen das Rentenstrafrecht bestätigt wurde.

Der Geschäftsführer Karl-Heinz Hypko berichtete über Ergebnisse einer Beratung mit Verantwortungsträgern der NVA, des Mdl und der Zollverwaltung der DDR. Diese diente der Vorbereitung einer analogen Beratung im November 2006, an der auch ehemals leitende Mitarbeiter des MfS/AfNS teilnehmen werden. Sie soll sich schwerpunktmäßig mit den aktuellen Auseinandersetzungen zum § 6 AAÜG beschäftigen.

Bei anderen gelesen:

Aus dem Beschluss des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS vom 12. Juni 2006 »Zum weiteren Umgang mit der Geschichte«:

...

5. Der Parteivorstand bestätigt die bisherige Haltung der Linkspartei.PDS zur Beseitigung des Rentenstrafrechts. Das Rentenrecht eignet sich nicht zur Vergangenheitsaufarbeitung und

als strafrechtliches Sanktionsinstrument. Das Rentenstrafrecht verhindert eher eine offene Auseinandersetzung mit der Geschichte.

Der Parteivorstand unterstützt in ausgewählten Musterfällen die rechtliche Vertretung von Betroffenen. Er erklärt sich solidarisch mit von Verbänden und Vereinen eingeleiteten Maßnahmen zur Beseitigung des Rentenstrafrechts. Der Parteivorstand bittet die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag zu prüfen, ob und welche Maßnahmen zur Aufhebung des ersten Gesetzes zur Änderung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes vom 25. Juni 2005 zu erarbeiten sind.

Der Parteivorstand befürwortet großzügigere rentenrechtliche Regelungen für die Opfer von rechtsstaatlicher Politik in der DDR.

...



Aus dem Dokument »Die Würde des Menschen ist unantastbar – auch im Alter

Seniorenpolitische Standpunkte der Linkspartei.PDS

...

Das Einkommen der Rentnerinnen und Rentner muss ihre finanzielle und materielle Sicherheit und Unabhängigkeit gewährleisten.

Darin sehen wir eine legitime Forderung gleichermaßen für die alten wie für die neuen Bundesländer, für die jetzige, wie für die künftigen Rentnergenerationen. Wir können jedoch nicht übersehen, dass sowohl die bisherigen »Reformschritte«, wie auch die konzipierten rentenrechtlichen und andere Finanzentscheidungen der schwarz-roten Koalition auf eine weitere Umverteilung zu Gunsten der Großunternehmen, Banken und Versicherungen, zu Lasten der Rentner, insbesondere der durch Arbeitslosigkeit und Harz IV gebeutelten künftigen Rentnergeneration hinaus laufen. Sie ziehen auf den Abbau des Solidarprinzips und den Ausstieg aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

> Fortsetzung von Seite 3

Wir erklären uns mit Nachdruck für den Erhalt des Solidarprinzips zur Finanzierung der Rentenversicherung, weil damit, bei allem Reformbedarf, eine angemessene Altersvorsorgung, auch für die künftigen Generationen am nachhaltigsten gesichert werden kann.

Erhöhungen des Renteneintrittsalters lehnen wir ab. Sie stellen lediglich eine weitere Form verschleierter Rentenkürzung dar.

Die Rentenkonzeption der Linkspartei (Dresdner Erklärung) unterbreitet schlüssige Vorschläge zur Gestaltung einer neuen Rentenfinanzierung und zur Umstrukturierung des Steuersystems und zeigt Alternativen, wie auf der Grundlage des Solidarprinzips eine Grundsicherung der Renten langfristig garantiert werden kann.

Im Ringen um den weiteren Ausbau einer gerechten und solidarischen Alterssicherung

setzen wir uns für folgende Ziele ein:

- ...
- Stufenweise Angleichung der Renten der neuen an die alten Bundesländer nach einem zumutbaren Zeitplan. Endgültige Beseitigung des noch immer geltenden Rentenstrafrechts und der bestehenden Renten - Versorgungsungleichheiten.
- ...



Aus unseren TIG

15 Jahre TIG Rostock!

Es bewahrheitet sich immer wieder: Die Zeit ist schnelllebig. Dabei gerät leider vieles in Vergessenheit. Das darf aber gerade mit diesen letzten 1 1/2 Jahrzehnten nicht geschehen. Was war vor 15 Jahren, was war 1991 besonderes? In diesem Jahr fanden sich Betroffene und Gleichgesinnte zusammen – vom Rentenstrafrecht Betroffene, die bereit waren, für das Recht zu kämpfen. Dieses Treffen fand in Berlin statt und hatte bundesweit Signalwirkung. So wurde noch im selben Jahr die »Territoriale Initiativgruppe Rostock« gegründet und reihte sich ein in den Kampf gegen das Rentenunrecht. Vieles ist seit dem in einem zähen Kampf erreicht worden, vieles ist noch zu erstreiten. Wir schöpfen Kraft aus unseren Erfolgen und aus der Solidarität. Um bisherige Aktivitäten, um die umfangreiche geleistete Arbeit nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, wurde vom Leiter der AG-Öffentlichkeitsarbeit unserer TIG im Frühjahr 2006 vorgeschlagen, eine Chronik hierüber zu erstellen. Die Resonanz war so gut, dass die „Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit“ viele Beiträge redaktionell verarbeiten und innerhalb kurzer Zeit die Chronik erarbeiten konnte. Sie wird Vereinsmitgliedern, die an der Veranstaltung zum 15. Jahrestag der TIG teilnehmen, überreicht mit dem Optimismus, dass künftige Kapitel von weiteren Erfolgen berichten werden.

Jürgen Darmer



Erfolgreiche Jubiläumsveranstaltung zum 15. Jahrestag unserer ISOR-TIG Güstrow!

Der 20. Juni war in diesem Jahr ein klassisches Ereignis. In Anwesenheit des ISOR-Vorstandsmitglieds Siegfried Felgner und des Vorsitzenden der GBM in Güstrow, Winfried Schubert, war die feierliche Mitgliederversammlung der TIG aus Anlass des 15. Jahrestages der ISOR e.V. ein bleibendes emotionales Erlebnis. Es tat gut, sich unseres erfolgreichen Kampfes um Rentengerechtigkeit aus der zurückliegenden Zeit zu vergegenwärtigen, was mit Sicherheit

neue Impulse für die Festigung der Struktur, der Mitgliedergründung, der Optimierung der politischen und juristischen Aktivitäten und der Stabilisierung des TIG-Haushaltes auslösen wird. In einleitenden Worten gedachte der TIG-Vorsitzende Walter Krüger der bleibenden Verdienste unserer Verstorbenen. Die Versammlung machte deutlich: Die Gründung der ISOR e.V. war nicht nur ein Akt des juristischen Aufbegehrens, sondern sie war gleichzeitig die weitere Kampfansage gegen die Rentenungleichbehandlung, die Missachtung der Öffentlichkeit und Verletzung des Einigungsvertrages. Niemand der herrschenden Klasse bzw der Mächtigen dieses Staates sollte sich in dem irriгigen Glauben vertiefen, dass wir ein politischer und juristischer Spielball des BRD-Staates sind. Einhellig ist die Auffassung: Wir achten und beachten die Rechtsordnung und die rechtlichen Bestimmungen des Gemeinwesens und schöpfen sie für unseren sozialen Gerechtigkeitskampf aus. Beispielhaft erläuterte Siegfried Felgner Sinn und Inhalt der organisierten Bestrebungen für den nächsten Zeitabschnitt und betonte: Niemand könne sich der persönlichen Verantwortung im Ringen um die Wiederherstellung der sozialen Rechte im Hinblick auf die Beschneidung der uns zustehenden Rechtsansprüche verschließen. Mit großer Emotionalität werde kreativ unser Maßstab allen Handelns bestimmt. Die Optimierung unserer Kräfte und Stärke basiert in der gut organisierten belebenden Solidarität. Sie ist mit die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg des abgesteckten Ziels. Geschlossen nahm die Mitgliederversammlung eine Zustimmungserklärung zum Aufruf der ISOR e.V. zum 15. Jahrestag der Vereinsgründung an. Unser aller Vorsatz: Wir machen uneingeschränkt weiter, bis jedes Mitglied seinen vollen Rentenanspruch geltend machen und wahrnehmen kann.

Manfred Ullrich



Am 10. Juni 2006 fand in Halberstadt im Haus der Volkssolidarität eine festliche Mitglieder-

versammlung unter dem Motto: »15 Jahre ISOR e.V. – 15 Jahre aktiver Kampf gegen Rentenstrafrecht« statt. Die Versammlung wurde kulturell umrahmt durch ein gelungenes Programm der Chorgemeinschaft Halberstadt e.V. unter Leitung von Kerstin Kwoizalla. Die 45 Mitglieder und Gäste verfolgten aufmerksam den Bericht des Vorstandes Dieter Wittstock über die erreichten Erfolge im 15-jährigen Kampf um soziale Gerechtigkeit, aber auch über erlittene schmerzhafte Niederlagen. Im Verlauf der Veranstaltung erfolgte die Auszeichnung von Mitgliedern der TIG mit Bücherschecks, Ehrenurkunden und Blumen. Unter den Gästen befanden sich die Vertreter des Kuratoriums der in Freundschaft verbundenen Vereine des Nordvorharzgebietes – Kameradschaft ehemaliger Soldaten/Reservisten/Hinterbliebener im Deutschen Bundeswehrverband, BRH, GRH und GBM sowie der Stellvertreter der TIG Quedlinburg und Mitglied des Kuratoriums. Die Grußadresse des Kuratoriums überbrachte der Sekretär und stellv. Vorsitzende. Er rief zur verstärkten Solidarität auf im Kampf um Rentengerechtigkeit und soziale Sicherheit.



In der TIG Schwerin wurde am 7. Juni 2006 aus Anlass des 15. Jahrestages der Gründung von ISOR e.V. eine feierliche Veranstaltung durchgeführt. Diese wurde in bewährter Weise vom Mitglied des ISOR-Vorstandes Siegfried Felgner organisiert und fand in der Gaststätte »Lindengarten« in Schwerin statt. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg – obwohl aus Kapazitätsgründen nur 150 Mitglieder der TIG einschließlich Gästen und Familienangehörigen teilnehmen konnten. Bei Kaffee und Kuchen, Musik und Tanz sowie kulturellen Einlagen war die Stimmung geprägt vom Zusammengehörigkeitsgefühl und der Solidarität der Mitglieder von ISOR e.V. und ihren Verbündeten. In Ansprachen von Mitgliedern des Vorstandes der TIG Schwerin wurde Rückblick auf die geleistete Arbeit gehalten. Mehrere Mitglieder der TIG wurden für ihre Tätigkeit in den vergangenen Jahren geehrt und ausgezeichnet. Übereinstimmend wurde eingeschätzt, dass diese Veranstaltung weitere positive Impulse für den Kampf gegen das Rentenstrafrecht setzt. Die Mitglieder von ISOR e.V. Schwerin

gehen gestärkt und optimistisch in den weiteren gemeinsamen Kampf. Die Moral ist ungebrochen, wir kämpfen weiter für unsere gerechte Sache.

Reinhard Scholz



Mit dem satirisch-kabarettistischen Wunsch des im Abbau begriffenen deutschen Sozialstaates »... ach gäb's doch keine Rentner mehr!« begrüßte uns und begrüßten wir »Kuddeldaddel du«, alias Heinz Draehn, mit Partnerin auf der gemeinsamen Jubiläumsveranstaltung am 8. Juni unserer beider TIG von **Berlin-Treptow** und Köpenick. Einig waren wir uns mit unserem Freund und Genossen Prof. Dr. Horst Bischoff, der in seiner Festrede betonte, dass es eigent-

lich keinen Grund zum Jubilieren anlässlich 15 Jahre ISOR gäbe. Denn langjähriges Einklagen und zähes Abridge von elementaren sozialen Grundrechten ist ein Schandmal für diese Bundesrepublik. Aber Stolz erfüllt uns zum bisher Erreichten. Ausdruck fand dies bei der Überreichung der Ehrenurkunden an die 118 Eingeladenen beider TIG. Und der besondere Dank drückte sich auch in der Namensnennung derjenigen aus, die bei uns den Anfang machten und langjährig aktiv waren, so u.a. Edgar Fischer, Heinz Benecke, Helmut Schäfer, Christel Hennig und Manfred Richter. Um die Kompliziertheit des weiteren Kampfes zur völligen Beendigung des Rentenstrafrechts wissen wir.

Den alleinigen und äußerst mühsamen Weg über die Gerichtsbarkeit müssen wir zur Kenntnis nehmen, mit der hoffentlich weiteren Verlässlichkeit der Linkspartei. PDS rechnen wir und um die Gewinnung weiterer Mitglieder kämpfen wir. Rückschau und Aussicht in der Festrede, »Kuddels« Witz, Nachdenklichkeit und Optimismus im Vorgetragenen sowie der schmackhafte Imbiss und das wohlverdiente Glas Sekt – Prost auf die Erfolge – ließen uns auf den weiteren Kampf für unsere nur allzu gerechte Sache gut einstimmen.

Helmut Holfert



ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 97. Geburtstag:

Emilie Kraus, Bln.-Marzahn

zum 93. Geburtstag:

Klara Gückel, Cottbus
Franz Wallitzschke, Bln.-Prenzl.Bg.

zum 91. Geburtstag:

Max Weigel, Bln.-Hhsn.

zum 90. Geburtstag:

Ilse Grubitz, Bln.-Köpenick
Erich Mulansky, Oranienburg

zum 89. Geburtstag:

Paula Eisermann, Bln.-Fr'hain

zum 88. Geburtstag:

Fritz Wegehaupt, Gera

zum 87. Geburtstag:

Elda Clemens, Bln.-Fr'felde
Helmut Griebner, Bln.-Prenzl.Bg.
Paul Hebold, Beiersdorf
Hildegard Lange, Bleicherode

zum 86. Geburtstag:

Erich Becker, Bln.-Fr'felde
Charlotte Herbrich, Leipzig
Helmut Juhra, Dresden
Erika Krüger, Schönebeck
Werner Last, Großrückerswalde
Ursula Qual, Klingenthal
Margarete Rößler, Pdm./Waldstadt
Hildegard Schmeing, Bln.-Hellersd.
Heinz Tetzlaff, Basdorf
Irmgard Zumpe, Bln.-Treptow

zum 85. Geburtstag:

Liesbet Bruski, Bln.-Fr'hain
Annemarie Fischer,
Gräfenau-Angstädt
Johannes Geilich, Cottbus
Fritz Grams, Schwerin
Annelies Händler, Eilenburg
Elfriede Hoppe, Weißenfels

Unser Freund

Prof. Dr. Horst Bischoff,

stellv. Vorsitzender der ISOR e.V.,
wird am 25. Juli 70 Jahre. Wir gratulieren sehr herzlich und danken
für seine langjährige Arbeit zum Wohle unserer Gemeinschaft.

Der Vorstand

Lisa John, Bln.-Fr'felde
Hildegard Kahle, Pdm./Waldstadt
Emmi Passin, Dresden
Willi Pinz, Greifswald
Werner Pietrack, Dresden
Maria Wahl, Neubrandenburg

zum 80. Geburtstag:

Gisela Babucke, Görlitz
Elvira Baier, Gera
Herbert Bauer, Halle
Bernd Eberhard, Chemnitz
Charlotte Fischer, Dresden
Siegfried Grosse, Gera
Ilse Herrmann, Suhl
Anton Kaute, Strausberg
Margot Kirchner, Rathenow
Heinz Knabe, Bln.-Marzahn
Marianne Knoppe, Bln.-Li'berg
Helene Körner, Bln.-Treptow
Erwin Mittag, Schwerin
Karl Müller, Meißen
Martin Pfeifer, Bln.-Fr'felde
Günther Sabel, Suhl
Helmut Schmidl, Stralsund
Hans Schöpke, Bln.-Treptow
Edith Schubert, Rüdersdorf
Wolfgang Seidel, Bln.-Hellersdorf
Gisela Stolze, Bln.-Hhsn.
Lucie Weise, Gera
Gerhard Wende, Bln.-Pankow

zum 75. Geburtstag:

Horst Anders, Ziegenhals
Heinz Arlt, Bln.-Li'berg
Werner Arschol, Templin

Horst Kuhnt, Görlitz

Edmund Lange, Bützow

Wolfgang Lehnert, Oranienburg

Ernst Lenk, Bln.-Marzahn

Günther Lidke, Wolfen

Eva Löscher, Leipzig

Siegfried Mader, Bln.-Marzahn

Manfred Maier, Dresden

Fred Mikus, Pdm.-Drewitz

Harry Mittenzwei, Neuenhagen

Werner Müller, Schöneiche

Horst Münster, Bln.-Fr'felde

Wolfgang Niemann, Kühlungsborn

Herbert Oehmig, Halle

Hubert Plötz, Bln.-Hhsn.

Heinz Pohl, Werdau

Hans Rogaczewski, Leipzig

Karl Rohleder, Cottbus

Heinz Roth, Bln.-Hellersdorf

Gerhard Roßberg, Bln.-Fr'felde

Hans-Joachim Rukowske,
Bln.-Hellersd.

Wolfgang Sandig, Stendal

Edeltraud Sarge, Grünheide

Heinz Scharenweber,

Königs Wusterhsn.

Inge Scheinpflug, Bln.-Hhsn.

Günter Schewe, Bln.-Mitte

Werner Schröder, Bln.-Pankow

Ingeburg Schulz, Bln.-Fr'felde

Hans Schulze, Cottbus

Günter Senf, Pdm.-Stern

Kurt Seifert, Freiberg

Christa Siebert, Bln.-Köpenick

Gerhard Simon, Lübben

Manfred Stark, Chemnitz

Heinz Streubel, Chemnitz

Kurt Stübner, Rodleben

Gottwald Süß,

Walpersdorf/Annabg.

Herbert Weidling, Bln.-Mitte

Edelgard Wenzel, Bln.-Fr'felde

Hans Zeppan, Senftenberg

Eberhard Zimmer, Suhl

Willy Zymelka, Greifswald

Zum 15jährigen Bestehen der ISOR e.V. führte die TIG **Tangerhütte** am 28.06.2006 eine Festveranstaltung durch. Eingeladen waren alle Mitglieder und ihre Ehepartner. In seinen Ausführungen gab der TIG-Vorsitzende einen Überblick über die Arbeit und Entwicklung der seit 1994 bestehenden TIG. In dieser Zeit sind 13 Mitglieder gestorben, deren Andenken mit einer Schweigeminute geehrt wurde.

Leider haben uns auch 13 Mitglieder aus den verschiedensten Gründen persönlicher und familiärer Art verlassen. Unsere kleine Gruppe wird aber weiter in ihrem Kampf um die Beseitigung des Rentenstrafrechts aktiv tätig sein. Das war das Ergebnis unserer Festveranstaltung.

Unsere kranken Mitglieder, die an den Versammlungen nicht mehr teilnehmen, haben wir besucht.

Im Mittelpunkt unserer weiteren Arbeit steht weiterhin die Bereitschaft zum Kampf gegen das Rentenstrafrecht, für die sozialen Rechte der Angehörigen der bewaffneten Organe und die Solidarität mit den noch vom Rentenstrafrecht betroffenen Mitgliedern.

Horst Hermann



6. Treffen der TIG aus Altmark und Elb-Havel-Winkel

Unter dem Motto »15 Jahre ISOR e.V. – 15 Jahre Kampf gegen Rentenstrafrecht« – findet am 26. August ab 14.00 Uhr das nunmehr 6. Treffen der Mitglieder der TIG aus den Kreisen **Salzwedel** und **Stendal** statt.

Veranstaltungsort ist wieder die Ausflugs-gaststätte »Feine Sache« in Jeggeleben, Kreis Salzwedel. Alle Freunde sind herzlich eingeladen. Im gemütlichen Teil spielt die Dährer Blasmusik zum Tanz.

Teilnahmemeldungen bitte bis 01.08.06 an Heinz Fischbeck, Salzwedel, Tel.: 03901 423409 oder Horst Hannaske, Stendal, Tel.: 03931 219542

Informiert bitte auch andere ehem. Angehörige der bewaffneten Organe, die bisher nicht den Weg zu ISOR gefunden haben.

Helmut Stefan

Aus der Postmappe:

Die BAGSO bittet um Veröffentlichung ihrer Pressemitteilung Nr.8 vom 19.06.06:

Mobilität älterer Menschen gefährdet!

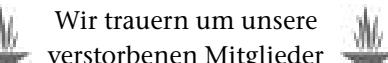
Mit Blick auf die demografischen Veränderungen in unserer Gesellschaft fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) e.V. die politisch Verantwortlichen auf, den Abbau des öffentlichen Personennahverkehrs zu stoppen und stattdessen seinen Ausbau zu fördern, um Menschen auch im Alter ein mobiles Leben zu ermöglichen. Nur so ist zu gewährleisten, dass sie ihre Eigenständigkeit erhalten und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Die BAGSO befürchtet, dass durch Kürzungen im ÖPNV - wie sie bereits für Thüringen geplant sind - die Mobilität älterer und behinderter Menschen weiter eingeschränkt und damit eine selbständige Lebensführung und ein Verbleiben in den eigenen vier Wänden erschwert werden. Sie kritisiert die Kürzungen, die zu weiteren Fahrplanausdünnungen und sogar Streckenstilllegungen führen. Diese bedeuten insbesondere für ältere und behinderte Menschen in ländlichen Gebieten, die nicht auf den motorisierten Individualverkehr ausweichen und sich kein Taxi leisten können, eine große Beeinträchtigung ihrer eigenständigen Lebensführung.

Auf dem Büchermarkt:

Horst Loßin: »**Klar Schiff. Streng geheim – ganz offen.**« Findling-Verlag. 223 Seiten, gebunden, 17,50 Eur. Der Autor erzählt seine Geschichte vom Berliner Arbeiterjungen bis zum militärischen Leiter im Sperrgebiet von Peenemünde. ISBN 3-933603-25-0

Von Mitglied zu Mitglied:

Biete Ferienzimmer mit Frühstück im **Thüringer Wald/Nähe Oberhof**, ganzjährig mit Terrasse, Du/WC, Aufenthaltsraum mit Miniküche; Sat-TV, ruhige Lage, Nähe Skilift. Tel.: 03 68 45-5 02 42 / Fax: 5 10 24



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

HELMUT ANSCHÜTZ,
Schmalkalden/Reichenb.
HORST BOCHMANN, Meißen
HORST BRÜHMANN, Bln.-Treptow
HEINZ CHOLEWA, Bln.-Hhsn.
CLAUS DETZNER, Chemnitz
ALBERT DIETZE, Bln.-Pankow
HEINZ DÖHNERT, Friedewald
ROLF ELLERMANN, Rostock
PAUL FURCHHEIM, Bln.-Li'berg
ELISABETH GEYER, Bln.-Hhsn.
DR. ROLF GLÄSEL, Leipzig
ERICH GRIMMEK, Bln.-Mitte
HEINZ HAASE, Bln.-Fr'felde
GÜNTER HAUFE, Bln.-Marzahn
WERNER HEIM, Stralsund
GERHARD IHM, Bln.-Köpenick
MARGOT KLOCKE, Bln.-Weißensee
ULRICH KOLBE, Wolmirstedt
LOTHAR KRECH, Fambach
HELMUT LEMKE, Wiesenburg
KARLHEINZ LEONHARDT,
Dahlwitz-Hoppegarten
RUDI MIGGE, Stralsund
DR. WOLFGANG NOACK, Bln.-Fr'felde
RUDI NOTTROTT, Suhl
WOLFGANG OPPERBECK, Bln.-Hellersdorf
BURKHARD PETERS, Rostock
KARL PROKSCH, Chemnitz/Frankenberg
IRENE RATH, Aschersleben
HANS RAUNER, Stollberg
MANFRED RICHTER, Zittau
ERICH RÜMMLER, Bln.-Marzahn
KLAUS-DIETER SELTMANN, Bln.-Fr'hain
WALTER SCHICK, Bln.-Prenzl. Berg
DR. DIETER SOPPART, Stralsund
MANFRED WITT, Bln.-Li'berg

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 28.06.2006

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.07.2006

Einstellung im Internet: 04.08.2006

Auslieferung: 10.08.2006

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 -10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Donnerstags von 15 bis 18 Uhr